

ANTRAG

der Fraktion DIE LINKE

Verkehrsinfrastrukturentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern

Der Landtag möge beschließen:

I. Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag über

1. den Finanzierungsbedarf der Verkehrsinfrastruktur bei der Sanierung von Brücken, Schienenwegen, Straßen in Trägerschaft der Kommunen, des Landes und des Bundes sowie von Verknüpfungspunkten des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) und Radwegen,
2. die Vorhaben des Investitionsrahmenplans 2011 bis 2015 für die Verkehrsinfrastruktur des Bundes, die in Mecklenburg-Vorpommern bis 2015 weitergeführt, beendet oder begonnen werden und
3. den finanziellen Aufwand, der notwendig wäre, um den schienengebundenen Personennahverkehr (SPNV) mit seinem derzeitigen Angebot zu erhalten und zu verbessern, barrierefrei zu gestalten und um derzeit ungenutzte Schienenwege zu reaktivieren,

vor der endgültigen Beratung des integrierten Landesverkehrsplanes zu berichten.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. dem Landtag alle zwei Jahre, beginnend ab Oktober 2015, einen Verkehrsinfrastrukturbericht für Mecklenburg-Vorpommern als Grundlage für die Haushaltsplanungen und eine nachhaltige Verkehrswegeplanung vorzulegen,
2. die Ergebnisse der Kommission „Nachhaltige Verkehrsinfrastrukturfinanzierung“ (Bodewig-Kommission) zu berücksichtigen und ein langfristiges Verkehrsinfrastrukturentwicklungsprogramm für Mecklenburg-Vorpommern zu entwickeln,
3. die Infrastruktur für den ÖPNV verstärkt barrierefrei auszubauen, Fonds und vergleichbare Strukturen (z. B. Infrastrukturkonten) für eine verbesserte Verkehrsinfrastrukturfinanzierung zu prüfen und sich im Bundesrat für eine Aufstockung der Investitionsmittel für die Verkehrsinfrastruktur und eine angemessene Dynamisierung der Regionalisierungsmittel einzusetzen.

Helmut Holter und Fraktion**Begründung:**

Bereits von der Daehre-Kommission wurde ein Finanzbedarf allein für Instandhaltungen im Verkehrsbereich in Deutschland in Höhe von circa 7,2 Milliarden Euro pro Jahr ermittelt. Die Bodewig-Kommission bestätigte diesen Bedarf im Herbst letzten Jahres. Die jahrelangen Kürzungen beim Erhalt von Brücken, Schienen, Straßen und Anlagen des ÖPNV haben für diesen Bereich der Daseinsvorsorge zu massiven Substanzverlusten geführt. Zunehmender Güterverkehr, Umweltprobleme, Mobilitätsbedürfnisse und höhere Anforderungen an eine barrierefreie Infrastruktur zwingen zu Überlegungen über Finanzierungsgrundlagen, mehr Investitionen, integrierte Konzepte für die Verkehrsinfrastruktur und eine breite Diskussion über die Prioritätensetzung bei der weiteren Planung, Entwicklung und Verzahnung von Verkehrsprojekten.